

Übrigens

Von erwürgtem Wasser

«Mama, ich muss dir jetzt mal was sagen.» Irgendwie enden Mitteilungen, die mit «Ich muss dir jetzt mal was sagen» beginnen, recht selten in positiven Wendungen. Daher muss ich zugeben: Ich bin jetzt doch etwas nervös. «Ich sag dir jetzt, was mich an dir schon seit Jahren stört.» Okay. Was kommt nun? «Mama, es nervt mich bis auf die Knochen, wenn du Brot isst.» Okay. Diesen Satz muss ich erst mal verdauen. Was ist denn bitteschön verkehrt, wenn ich Brot esse? «Du isst einfach komisch Brot. Ich kann dir dabei nicht zuhören.» Okay. Das sitzt.

Mein Mann lacht. «Und: Du trinkst komisch Wasser.» Was, wie bitte? Wie kann man komisch Wasser trinken? «Du trinkst so, als ob du das Wasser erwürgen würdest.» Okay.

Ich getraue mich nun fast nicht mehr, in Anwesenheit von anderen Wasser zu trinken. Und ich weiss auch nicht, wie ich in Zukunft in Gesellschaft Brot zu mir nehmen soll. Aber ja, klar. Ich weiss, es gibt tatsächlich Macken und Sachen und Dingsbums und so weiter, die einem an anderen Menschen so ghörig aufregen können.

Mich zum Beispiel haut es fast vom Sofa, wenn unsere Tochter mit den Fingern knackst. Dieses Geräusch fährt mir durch Mark und Bein. Wenn ich nur schon an dieses Knackende denke, fährt ein fieses Tschudere durch meinen Körper.

Ich kann es auch nicht ausstehen, wenn andere am Tisch süßeln. Aber vielleicht tu ich das ja auch. Ich bin mir nämlich mittlerweile gar nicht mehr so sicher, ob ich überhaupt jemals schön essen und trinken konnte oder ob ich schlichtweg dem Knigge-Engel ab dem Karren gefallen bin.

Aber ja nu: Wissen Sie was, ich trink jetzt mal ein Gläschen auf meine Macken! Ein Gläschen Vodka oder Wein. Wasser kann es ja schliesslich nicht sein. Man(n) sagt mir nach, das ich dieses schon längst erwürgt hab.

PS. Und sagen Sie mal, welche Macken haben oder stören Sie?



Nicole Auf der Maur
Redaktorin

Wochenkommentar

Ein Steilpass für das Klosterdorf

In Einsiedeln tut sich ein Graben auf zwischen den Politikern und den Sportlern. Auf der oberen Allmeind soll ein modernes Sportzentrum für Kosten von 38,64 Millionen Franken gebaut werden. Die privaten Initianten wollen das Sportzentrum, der Politik ist es zu teuer.

Der Bezirksrat hat das geplante Zentrum der Genossenschaft seit Anbeginn skeptisch verfolgt. Im Klosterdorf soll eine Turnhalle genügen, um den Bedarf der Schule abzudecken, heisst es aus dem Gremium, welches vorrechnet, dass ein Zentrum zu teuer sei und die Ausgaben rund 13 Steuerprozent verschlingen. Damit verweist der Bezirk, wie im Übrigen auch alle Parteien, auf die enormen Kosten und Risiken – womit die Politik ihrer Pflicht redlich nachkommt.

Aus der Distanz von Schwyz her gesehen ist die Idee eines Sportzentrums in Einsiedeln jedoch äusserst «trääf». Sicher durch die Eigeninitiative der Initianten – auch wenn sie bei den Finanzen auf die öffentliche Hand hoffen. Vielmehr aber, weil sich das Leitbild Sport für Einsiedeln geradezu aufdrängt, denn mit den Sprungschancen ist dafür bereits eine sehr gute Basis geschaffen.

Die Regionen der Schweiz stehen in einem steten Wettbewerb. Nicht nur um Steuerrabatte, sondern auch – und hier gilt es im Kanton Schwyz aufzuholen – um die Leistungen, die eine Region den Bewohnern bietet. Die Ausrichtung einer Region auf den



Sportlerinnen und Sportler versammelten sich für ein Ja zum Sportzentrum.

Bild: PD

Sport könnte viele Synergien schaffen, zum Beispiel für das Spital Einsiedeln – welches demografisch durchaus hinterfragt werden kann –, sich damit aber vermehrt auf das Thema Sportmedizin ausrichten könnte. Dass ein Sportzentrum volkswirtschaftlich schadet, ist also kaum der Fall.

In Gegenteil: Die Region Mitte des Kantons Schwyz als Hochburg des

Sports zu etablieren, macht Sinn, auch wenn der Preis auf den ersten Blick sehr hoch ist. Einsiedeln kann sich zum Leuchtturm für den Sport in der ganzen Zentralschweiz entwickeln und bekäme ein Alleinstellungsmerkmal, welches vom Standortmarketing her gesehen einem Steilpass gleichkommt. Das Tor schiessen müssen nun die Einsiedlerinnen und Einsiedler.



Andreas Seeholzer
Redaktor

Forum

Wenn der Bundesrat in Willkür verfällt

Der Bundesrat hat entschieden, dass es für die EU-Verträge kein Ständemehr braucht. Bundesrat Cassis begründete diesen Entscheid mit der bisherigen Praxis bei den Bilateralen I und II und machte einen Vergleich mit dem Schengen/Dublin-Abkommen, über welches das Schweizer Volk am 5. Juni 2005 abgestimmt hat und welches die Schwyzer Bevölkerung bei einer Stimmbeteiligung von 62,45 Prozent mit 61,9 Prozent klar ablehnte. Auch Schengen/Dublin unterstellte der damalige Bundesrat nicht dem obligatorischen Referendum. Bundesrat Cassis räumte beim neuesten Entscheid allerdings ein: «Wir können nicht verneinen, dass es bei diesen Abwägungen auch ein taktisches Element gibt.»

Diese Aussage lässt aufhorchen. Wenn schon das Schengen/Dublin-Abkommen als Richtschnur für die Verneinung des Ständemehrs herhalten muss, dann muss Transparenz geschaffen und die damaligen Anträge und Dokumente müssen veröffentlicht werden. Denn wie die EU-Beitrittsbefürworter immer wieder betonen: «Schengen/Dublin ist eine «partielle» Europäisierung der Schweiz.» Tatsächlich greift Schengen/Dublin in die Rechts- und Verwaltungsbereiche Asyl- und Ausländerrecht, Staatshaftungsrecht, Poli-

zei recht, Steuerrecht, Waffenrecht und Betäubungsmittelrecht ein und entzieht diese teilweise der souveränen Bestimmungshoheit der Schweiz.

Derzeit will das Bundesparlament sogar ohne Not die gesetzliche Grundlage schaffen für die freiwillige Übernahme von mehr beziehungsweise zusätzlichen Asylsuchenden an der Schengener Aussengrenze. Der Bundesrat und eine Mehrheit des Parlaments begründen diesen Schritt mit der positiven Signalwirkung an die EU. Es sei ein Akt der Solidarität mit der EU. Wo bleibt die Signalwirkung an den Kanton Schwyz und an die Gemeinden im Kanton Schwyz? Wo ist die Solidarität mit den Gemeinden im Kanton Schwyz, welche mit der Aufnahme von Asylsuchenden schon längst am Anschlag laufen? Braucht es nicht zuerst eine Signalwirkung an die eigene Bevölkerung?

Schengen/Dublin wurde bei der Abstimmung im Jahr 2005 als ein «Raum der Freiheit und Sicherheit» hochgejubelt. Seither wurden Hunderte von Anpassungen vorgenommen. Immer mit der Begründung, das System müsse verbessert und besser koordiniert werden. Und wir warten nach bald 20 Jahren immer noch auf den Raum der Freiheit und Sicherheit. Und insbesondere warten wir auf die Veröffentlichung des EJPD-Antrags

von 2004 mit Anhang, in dem die Unterstellung des Schengen/Dublin-Abkommens unter das obligatorische Staatsvertragsreferendum vorgeschlagen wurde. Nur so können wir den Entscheid des Bundesrats im aktuellen Fall der EU-Verträge objektiv und ohne politisches Kalkül überprüfen.

Obwohl die Verhandlungen des Bundesrats und das sogenannte Mitberichtsverfahren von Gesetzes wegen nicht öffentlich sind, veröffentlichte der Bundesrat selbst – nach Bundeskanzler das Bundesamt für Justiz – den Antrag des Departements und einen ersten Entwurf eines Verwaltungsgutachtens, nicht aber das strittige Verwaltungsgutachten, indem die Unterstellung des Schengen/Dublin-Abkommens unter das obligatorische Referendum vorgeschlagen wurde. Eine Motion forderte in der Folge auch die Veröffentlichung des strittigen Gutachtens. Der ständerrätliche Sprecher kommt nach einer umfassenden Analyse zum Schluss: «Wenn der Bundesrat nur selektiv Dokumente veröffentlicht, aber nicht alles veröffentlichen möchte, handelt er jedoch willkürlich.»

Der Vorwurf der Willkür konnte auch vom Bundeskanzler nicht entkräftet beziehungsweise widerlegt werden. Und was macht das Parlament? Es schützt die Willkür des

Bundesrats. So wissen wir erst ab Juni 2034, was den Bundesrat 2004 dazu bewogen hat, Schengen/Dublin trotz des gegenteiligen Gutachtens nicht unter das obligatorische Referendum zu stellen. Bis dahin gilt die archivrechtliche Schutzfrist von 30 Jahren. Und zumindest bis dahin müssen alle Bürgerinnen und Bürger weiterhin mit Konsequenzen rechnen, wenn sie willkürlich handeln, nicht aber die Mitglieder des Bundesrats.



Pirmin Schwander
Der heutige Autor Pirmin Schwander ist SVP-Ständerat.

Hinweis
Im «Bote»-Forum schreiben regelmässig prominente Schwyzerinnen und Schwyzer. Sie sind in der Themenwahl frei und schreiben autonom. Der Inhalt des «Bote»-Forums kann, muss sich aber nicht mit der Redaktionshaltung decken. (red)

Bote

Bote der Urschweiz | Werbung
041 819 08 08 | inserate@bote.ch

**Täglich erreichen Sie
42'000 Leserinnen
und Leser!**